

Ein Jahr Macron

Reformen, Regierungsstil, Herausforderungen

Dominik Grillmayer „Frankreich ist zurück“

Eileen Keller Rahmenbedingungen und Reformagenda

Stefan Seidendorf Wichtige Reformprojekte

Macrons Regierungsstil

Macrons Europapolitik

Das Wichtigste in Kürze

Seit Mai 2017 ist Emmanuel Macron im Amt. Seit Juni desselben Jahres verfügt er über eine starke Regierungsmehrheit in der französischen Nationalversammlung. Er war angetreten, das Land zu reformieren und vieles anders als seine Vorgänger zu machen. Als unabhängiger Kandidat mit seiner eigenen Bewegung, die er innerhalb eines Jahres aufbaute, ist es ihm als erstem Präsidenten der V. Republik gelungen, die Rechts-Linksspaltung des französischen Parteiensystems mit einer Mehrheit der Mitte zu überwinden.

Die vorliegende Aktuelle Frankreich-Analyse (AFA) analysiert das erste Jahr seiner Amtszeit. Sie zeigt auf, vor welchen Herausforderungen Macron steht und wie er sein Amt in den ersten zwölf Monaten ausgeübt hat. Dabei geht sie insbesondere auf Macrons Amtsverständnis und seinen Regierungsstil ein (Abschnitte 1 und 4), erläutert die Rahmenbedingungen im Land und die Logik seiner Reformagenda (Abschnitt 2). Sie gibt einen Überblick über zentrale Elemente seiner wichtigsten Reformen für Unternehmen, des Arbeitsmarktes, der Arbeitslosenversicherung, der Aus- und Weiterbildung, der französischen Bahngesellschaft SNCF sowie des öffentlichen Dienstes und der politischen Institutionen (Abschnitt 3). Schließlich nimmt sie Macrons Europapolitik in den Blick (Abschnitt 5).

Ein Jahr Macron

Reformen, Regierungsstil, Herausforderungen

Einleitung

* Dominik Grillmayer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim dfi und zuständig für den Bereich Sozialpolitik.

** Dr. Eileen Keller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim dfi und zuständig für den Bereich Wirtschaftspolitik.

*** Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor beim dfi und zuständig für den Bereich Europa-politik.

Im sicherlich ungewöhnlichsten Wahlkampf der V. Republik wurde Emmanuel Macron vor einem Jahr zum französischen Präsidenten gewählt. Seitdem hat er zahlreiche Reformen angestoßen. Was hat der Präsident in dieser Zeit erreicht? Hat er Wort gehalten und die im Wahlkampf versprochenen Maßnahmen umgesetzt? Wie steht es derzeit um seine Umfragewerte? Die bisherigen Reformfortschritte sind jedenfalls durchaus beachtlich und verdienen eine genauere Betrachtung.

Zunächst jedoch nochmals zur Ausgangslage: Macron hatte im Mai 2017 einen überzeugenden Wahlsieg errungen, den ihm noch wenige Monate zuvor kaum jemand zugetraut hätte. Das deutliche Ergebnis in der zweiten Runde, in der er sich klar gegen die Kandidatin des Front national, Marine le Pen, durchgesetzt hatte, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Wahlkampf eine tiefe Spaltung der französischen Gesellschaft zum Ausdruck kam. Sie zeigte sich unter anderem in der Auflösung des etablierten Parteiensystems: Nach verheerenden Ergebnissen sowohl bei den Präsidentschafts- als auch bei den Parlamentswahlen kämpft die Sozialistische Partei (PS) nach wie vor ums Überleben. Bei den Konservativen von „Les Républicains“ hat die Uneinigkeit, ob und inwieweit die Politik Macrons unterstützt werden soll, bereits zu mehreren Spaltungen geführt.

Auf den ersten Blick scheint der Präsident sein Ziel, die starke Polarisierung zwischen Links und Rechts zugunsten einer Politik der Mitte zu überwinden, erfolgreich erreicht zu haben. Das Erstarren der Ränder gibt gleichwohl Anlass zur Sorge: Im ersten Wahlgang stimmte rund die Hälfte der Franzosen für populistische Kandidaten (21 % für Marine Le Pen, 19,5 % für den linken Jean-Luc Mélenchon; hinzu kommen knapp 10 % für Bewerber kleiner Parteien, die im Wahlkampf mehr oder weniger populistisch aufgetreten sind). Und auch wenn das Ergebnis des Front national nach einem missratenen Auftritt seiner Kandidatin im Fernsehduell mit Emmanuel Macron schlechter ausfiel als erwartet, haben immer noch mehr als zehn Millionen Wähler für eine Politik der Abschottung gestimmt. Hinzu kommt, dass etliche Wähler in Macron lediglich das geringere Übel sahen, ohne zwangsläufig sein Programm zu unterstützen.

Der neue Präsident steht deshalb seit Beginn seiner Amtszeit vor der großen Herausforderung, einer zutiefst verunsicherten Gesellschaft wieder Optimismus einzuhauchen. Im Wahlkampf hatte er nichts weniger als eine Revolution versprochen, den Bruch mit der Art und Weise, wie in der V. Republik über viele Jahre Politik gemacht worden war. Daher erscheint es wichtig, über die konkreten Maßnahmen der ersten zwölf Monate

hinaus den Blick darauf zu richten, wie Emmanuel Macron die Funktion des Präsidenten der Republik interpretiert und ob er tatsächlich versucht, traditionelle Pfade politischer Entscheidungsfindung zu verlassen.

Im Mittelpunkt dieser Aktuellen Frankreich-Analyse soll daher neben einer vorläufigen Bilanz der angestoßenen Reformen auch der Politikstil Macrons stehen. Politik lebt bekanntermaßen nicht nur von konkreten Entscheidungen, sondern auch stark von Gesten und Symbolen. Dies trifft in besonderem Maße auf Frankreich zu. Da sich die französische Nation über den Staat – die Republik – definiert, spielt ihr oberster Repräsentant eine tragende Rolle als Impulsgeber für gesellschaftlichen Fortschritt. Die Franzosen erwarten

dementsprechend von ihrem Präsidenten, dass er ihnen eine klare Vorstellung von seinem Gesellschaftsprojekt vermittelt, d.h. die großen Linien vorgibt, anstatt sich im Klein-Klein der Tagespolitik zu verlieren.

Welche Attribute lassen sich nach einem Jahr also der Präsidentschaft Macrons zuordnen? Angefangen bei der Inszenierung seiner Amtsübernahme und seinem Auftreten auf der internationalen Bühne über die Erklärung der von ihm verfolgten Reformlogik bis hin zur Analyse politischer Entscheidungsprozesse und wichtiger Reformprojekte zeichnet diese AFA ein Bild von der Herangehensweise, mit der Macron seine Vorstellungen umzusetzen versucht.

1. „Frankreich ist zurück“

Der Präsidentschaftskandidat Macron hatte im Wahlkampf von Anfang an deutlich gemacht, dass er eine andere Amtsführung anstrebte als sein Vorgänger. François Hollande wollte ein „normaler“ Präsident sein, der volksnah und ohne große Inszenierung auftritt. Mit diesem Ansatz ist er aus Sicht Macrons aber schlecht gefahren, weil die Franzosen vom Inhaber des höchsten politischen Amtes erwarten, dass er Führungsstärke und Größe ausstrahlt – nicht so sehr als Person, sondern als Verkörperung der Republik und damit Frankreichs. Dass er dabei Symbole bewusst und gezielt einsetzt, lässt sich an Macrons Diskurs genauso erkennen wie an seinen sorgsam geplanten Auftritten. Das begann am Abend des Wahlsiegs, als der frisch gewählte Präsident zu den Klängen der Europahymne alleine und gemessenen Schrittes einen von Säulen gesäumten Gang des Pariser Louvre durchquerte und anschließend – seinen Schatten im Hintergrund – die Esplanade betrat und hinüber zur Bühne lief, um sich an die dort versammelte Menge zu wenden. Die historischen Anklänge an François Mitterrands Inszenierung seines Wahlsiegs 1981, der damals allein durch den Pantheon schritt, waren ebenso wenig zu übersehen wie die Anspielung an Charles de Gaulle, der die Präsidentschaftswahl einmal als „Rendez-vous eines Mannes mit dem Volk“ bezeichnet hatte. Wie sich auch an anderer Stelle noch zeigen wird, lassen sich in punkto

Amtsverständnis bei Macron zahlreiche Parallelen zu de Gaulle erkennen. Macron präsentierte sich also gerade nicht als normaler Politiker, sondern als jemand, der um die große Verantwortung seiner zukünftigen Aufgabe weiß und gleichzeitig Mut und Entschlossenheit suggerieren möchte.

Mit der Wahl von Beethovens „Ode an die Freude“ brachte er außerdem seine dezidiert pro-europäische Haltung zum Ausdruck, die seinen Wahlkampf geprägt hatte und nun als Leitlinie für seine Präsidentschaft dienen sollte. Dahinter steht die Überzeugung, dass Frankreichs Wohlstand ebenso wie sein Gewicht in der Welt ohne eine starke Europäische Union schon heute keinen Bestand hätten. Diese Argumentationslogik fand ihre konsequente Fortsetzung in Macrons sorgsam inszenierten Reden vor der Akropolis in Athen und an der Pariser Sorbonne im vergangenen September, bei denen er seine Vorstellung von einem geeinten, demokratischen und souveränen Europa entwickelte. Kernelement ist dabei der Gedanke eines „Europe qui protège“, das die Bürger im doppelten Sinne schützt: Sowohl in Bezug auf die innere Sicherheit als auch durch soziale Mindeststandards. Auf diese Weise möchte er dem europäischen Projekt eine Legitimität verleihen, die ihm von seinen Kritikern immer wieder mit

¹ Vgl. Eurobarometer 85, Frühjahr 2016. <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/-Survey/getSurveyDetail/search/citizenship/surveyKy/2130>, zuletzt abgerufen am 20.04.2018.

² Vgl. ELABE 2018, « Les mots d'une France en mouvement », <https://elabe.fr/mots-dune-france-mouvement/>, zuletzt abgerufen am 20.04.2018.

dem Argument abgesprochen wurde, es reagiere nicht angemessen auf die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen. Damit untermauerte Macron auch einen neuen Führungsanspruch Frankreichs in der EU, den die zweitgrößte Volkswirtschaft des Kontinents in seinen Augen lange Zeit hat vermissen lassen. Dass er seine europäischen Partner – allen voran Deutschland – durch seine Vorschläge unter Zugzwang setzte, war dabei kalkuliert und gewollt. Nicht umsonst formulierte er seine Ideen nur zwei Tage nach der Bundestagswahl. Im Gegenzug stellte er mit Beginn der Amtsübernahme seine Entschlossenheit unter Beweis, in Frankreich Reformen durchzuführen, die das Land auf einen dauerhaften Wachs-

tumskurs zurückführen und im Ausland Vertrauen generieren sollten. Damit hatte der neue Präsident Ausrufezeichen gesetzt, die vor allem eines signalisieren sollten: Frankreich ist zurück.

Das wurde auch an seinen Auftritten auf internationaler Ebene deutlich. Ob im Umgang mit Donald Trump oder Wladimir Putin, ob in Indien, Syrien oder auf der arabischen Halbinsel – Emmanuel Macron ließ keine Zweifel an seinem Ziel, den Interessen Frankreichs weltweit Geltung zu verschaffen. Das mag aus deutscher Sicht manchmal befremdlich erscheinen, entspricht aber zutiefst der französischen Vorstellung von der Strahlkraft westlicher (= französischer) Werte.

2. Rahmenbedingungen und Reformagenda

Macron hat die Zügel in einem schwierigen Umfeld übernommen. Frankreichs Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren geschwächt. Hohe Abgabenlasten und rigide Regelsysteme schränkten die Investitions- und Handlungsspielräume vieler französischer Unternehmen ein. Allein in der Industrie gingen seit den 1980er Jahren über zwei Millionen Arbeitsplätze verloren. Französische Produkte waren auf den Weltmärkten weniger nachgefragt und das Außenhandelsdefizit vergrößerte sich. Die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich im Vergleich zu den europäischen Nachbarn und der Aufschwung ging langsamer voran als andernorts. Die Arbeitslosenzahlen stagnierten auf hohem Niveau und wollten nicht sinken, obwohl schon Macrons Amtsvorgänger die Umkehrung der Arbeitslosenkurve zum Gradmesser seiner Amtszeit gemacht und einige Reformen verabschiedet hatte, die den Unternehmen mehr Spielräume geben sollten.

Wie fast nirgendwo sonst in Europa hatten in Frankreich viele Bürger das Gefühl, sich in einer verfahrenen Situation zu befinden, auf der Stelle zu treten in einem festgefahrenen System, das kein Vorankommen erlaubt. Auf die Frage, ob sich die Dinge im eigenen Land eher in die richtige oder die falsche Richtung entwickelten, gaben im Frühjahr 2016 gut drei Viertel der Franzosen an, dass es in die falsche Richtung ginge. Nur in

Griechenland war der Anteil derer, die unzufrieden mit den Entwicklungen im eigenen Land sind, größer.¹ In einer Umfrage, in der Franzosen für über 100 Begriffe angeben sollten, wie sehr sie sie mit Frankreich verbinden, landeten „Arbeitslosigkeit“, „Krise“ und „Streiks“ auf den vorderen drei Plätzen.² Viele Franzosen hatten das Gefühl, dass ihre eigenen Interessen nicht hinreichend im politischen System vertreten seien und dass, insgesamt gesehen, die Politiker zu wenig das Allgemeinwohl im Sinn hätten.

Bei allen Überraschungen und Unwägbarkeiten, die den französischen Wahlkampf prägten (Verzicht François Hollandes', ein zweites Mal zu kandidieren, Fillons Affären...) verwundert es in Anbetracht dieser Ausgangslage wenig, dass letztlich diejenigen Kandidaten besonders erfolgreich waren, die dezidiert für politische Veränderungen eintraten, wenngleich auch mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen: Marine Le Pen mit ihrem nationalistischen, europafeindlichen Kurs auf der einen Seite und Emmanuel Macron auf der anderen, der mit seiner eigenen Bewegung und einem offensiv pro-europäischen Kurs verkündete, Frankreich durch eine demokratische Revolution wieder auf den Weg des Wohlstandes zu führen.

³Vgl. Jérôme Perrier, « Match Fillon-Macron : thachérisme versus libéralisme ? », Telos, 28. März 2017, <https://www.telos-eu.com/fr/politique-francaise-et-internationale/match-fillon-macron-thacherisme-versus-liberali-2.html> zuletzt abgerufen am 06.04.2018.

Gleich nach seiner Wahl hat sich Emmanuel Macron an die Umsetzung seines Programms gemacht und die ansonsten in Frankreich heilige Sommerpause für seine Stäbe und die Zuständigen in den Ministerien weitestgehend ausfallen lassen. Die erste große Reform seiner Amtszeit – die Reform des Arbeitsmarktes – wurde bereits im September vorgelegt. Macron setzte um, was er im Wahlkampf angekündigt hatte – und zwar in atemberaubender Geschwindigkeit. Parallel dazu versuchte er in mehreren Interviews, seine Reformlogik zu erklären und bei den Franzosen für Geduld zu werben. Dabei ging es auch darum, deutlich zu machen, dass das Land nicht reformiert werde, weil das von den europäischen Partnern erwartet wird, sondern weil dies zuallererst im französischen Interesse ist.

Außerdem argumentierte Macron (wie schon François Hollande), dass möglichst schnell Handlungs- und Gestaltungsfreiheit zurückgewonnen werden müssten, indem man finanzielle Spielräume schafft. Daher griff die Regierung von Premierminister Edouard Philippe zu teils unpopulären Maßnahmen, um bereits 2017 die Verschuldungsgrenze des Stabilitätspakts einzuhalten und ein klares Signal der Entschlossenheit auszusenden. Auch wenn vor allem die moderate Kürzung des Wohngelds und die Streichung subventionierter Arbeitsplätze teils für erhebliche Kritik sorgten, wurde das Ziel, Einnahmen und Ausgaben wieder stärker in Einklang zu bringen, erreicht: Erstmals seit zehn Jahren lag die Neuverschuldung Frankreichs wieder unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts (sie belief sich auf 2,6 %). Dadurch hatte Macron jene Glaubwürdigkeit gewonnen, die es ihm ermöglicht, auch auf europäischer Ebene selbstbewusst aufzutreten.

Zweiklang aus Flexibilität und Schutz

Macrons ambitionierte Reformagenda ist dabei vor allem von der Idee geprägt, die eigene Gesellschaft und Wirtschaft an die Bedingungen des weltweiten Wettbewerbs und der digitalisierten Wirtschaft anzupassen und gleichzeitig den Schutz, den das französische Sozialmodell dem Einzelnen gewährt, zu bewahren. Dazu muss sich dieses Sozialsystem jedoch von Grund auf wandeln. Verbunden mit der notwendigen Schaffung von mehr Flexibilität (vor allem für Unternehmen)

klang dies für viele Franzosen zunächst wie ein innerer Widerspruch, wie die Quadratur des Kreises, obwohl vor allem Länder wie Dänemark oder die Niederlande schon vor etlichen Jahren die Idee der Flexicurity zum Leitfaden ihrer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gemacht hatten. Macron möchte den Beweis antreten, dass auch in Frankreich die Anpassung an die Bedingungen der globalen und digitalisierten Wirtschaft gelingt und die Attribute sozial und liberal einander keineswegs ausschließen.

Paradoxerweise ist „Liberalismus“ in Frankreich heute vielfach verrufen und wird abwertend oder negativ gebraucht, und dies, obwohl ja auch französische Denker die liberale Denktradition entscheidend geprägt haben. Das liegt auch darin begründet, dass liberale Politik von vielen Franzosen auf Wirtschaftsliberalismus und besonders auf dessen neoliberale Ausprägung reduziert wird, wie sie vom angelsächsischen Raum ausging und in den letzten Jahren auch in Kontinentaleuropa prägend war, vor allem bei konservativen Kräften. Dabei lässt sich Liberalismus eigentlich nicht in ein Links-/Rechts-Schema pressen. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass die Linke in Frankreich wie in anderen Ländern traditionell gesellschaftlich liberal war, sich aber wirtschaftlich lange Zeit illiberal (und mitunter antikapitalistisch) gab, während für die konservativen Kräfte eher das Gegenteil galt.³ Macron steht stattdessen für den Versuch einer Synthese des gesellschaftlichen und des wirtschaftlichen, eines linken wie eines rechten Liberalismus, der die Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln genauso im Blick hat wie die persönliche Entfaltung jedes Einzelnen. Freiheit wird demnach sowohl durch mehr Flexibilität als auch durch mehr Chancengleichheit (als wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit) gewährleistet. Diese gewollte Gleichzeitigkeit äußert sich im Übrigen auch in dem Ausdruck „et en même temps“, den Macron in seinen Reden gerne und häufig verwendet.

Ist Frankreich reformierbar?

Die Franzosen haben schon öfter bewiesen, dass sie auch einen mit erheblicher Machtfülle ausgestatteten Präsidenten, dem sie in aller Regel zudem eine

⁴ Adolf Kimmel spricht in diesem Zusammenhang vom Wutbürger als gefürchtetem Vetospieler und führt eine Reihe von Beispielen an, in denen Reformvorhaben infolge öffentlicher Proteste zurückgezogen wurden (vgl. Adolf Kimmel: Die V. Republik nach 55 Jahren: eine Zwischenbilanz, in: Kimmel Adolf, Das politische System der V. französischen Republik. Ausgewählte Aufsätze, Baden-Baden 2014, S. 279-300, S. 297 ff.).

⁵ Ebd., S. 299.

⁶ Nur rund 11 % der Arbeitnehmer sind in Frankreich Mitglied einer Gewerkschaft. Rechnet man den öffentlichen Dienst heraus (20 % sind dort gewerkschaftlich organisiert), so sind es sogar nur 9 %, von denen die meisten in Großunternehmen beschäftigt sind. In vielen kleinen Unternehmen gibt es überhaupt keinen gewerkschaftlichen Vertreter. Vgl. Dares analyses, « La syndicalisation en France », Mai 2016 n° 025.

⁷ IFOP, « Le regard des Français sur la première année d'Emmanuel Macron à l'Élysée », S. 9, http://www.ifop.com/?option=com_publication&type=poll&id=4022, zuletzt abgerufen am 20.04.2018.

⁸ Alain Ruello und Claude Fouquet, « Un recul massif et inattendu du taux de chômage », Les Echos, 15. Februar 2018, <https://www.lesechos.fr/economie-france/conjoncture/0301300800967-le-taux-de-chomage-revient-a-son-niveau-de-2009-2153917.php> zuletzt abgerufen am 20.04.2018.

Mehrheit im Parlament bescheren, in die Schranken weisen können, wenn er es mit seinem Reformeifer übertreibt.⁴ Ein problematischer Aspekt des politischen Systems der V. Republik sind dabei seine „technokratisch-bürokratische[n] Züge, in dem die institutionellen Gegengewichte und die organisierten Interessen schwach sind.“⁵ Die so genannten Zwischengewalten (oder intermediären Organisationen), zu denen auch die Sozialpartner gehören, wurden als Vertreter von Partikularinteressen von den Revolutionären des ausgehenden 18. Jahrhunderts massiv bekämpft und genießen bis heute nur bedingt Ansehen in der französischen Gesellschaft. Daher erwies sich in der Vergangenheit oft der Protest auf der Straße als durchaus wirksames Mittel, um Regierung und Präsidenten von einem politischen Vorhaben abzubringen.

Als entscheidend galt dabei meist der Mobilisierungsgrad, d.h. die schiere Zahl an Demonstranten, die teilweise über Wochen gegen ein Reformpaket protestierten. Organisiert wurden diese Aktionstage vor allem von den Gewerkschaften, die in Frankreich zwar insgesamt schwach sind⁶, durch ihre Streikaufrufe aber immer wieder eine Drohkulisse aufbauen konnten, mit der sie die politischen Verantwortungsträger letztlich zum Einlenken bewegten. Die vergangenen Jahre haben allerdings gezeigt, dass auch dieses Druckmittel an Bedeutung verloren hat. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die traditionell zersplitterte Gewerkschaftslandschaft immer seltener eine einheitliche Ablehnungsfront gegen ein Gesetz formieren kann. Reformorientierte Gewerkschaften wie die CFDT brechen zunehmend aus der Konfrontationslogik aus und setzen stattdessen auf Dialog mit der Regierung. Gepaart mit einer angesichts der schwierigen ökonomischen Situation des Landes wachsenden Einsicht der Franzosen in die Notwendigkeit von Reformen hat dies dazu geführt, dass die Mobilisierungskraft der übrigen Gewerkschaften mitunter nicht mehr ausreichte, um ein geplantes Gesetz zu verhindern.

Die ersten Reformen Macrons sind erstaunlich zügig und ohne nennenswerten Widerstand verabschiedet worden. Die jüngste Arbeitsmarktreform hat gezeigt, dass sich mit der richtigen Strategie Widerstände im Zaum halten lassen. Die Regierung von Premierminister Edouard Philippe hatte die Sozialpartner frühzeitig

und intensiv in den Gesetzgebungsprozess eingebunden. In zahlreichen bilateralen Gesprächen war es ihr gelungen, nicht nur die CFDT, sondern auch Force ouvrière für die Kernelemente der Reform zu gewinnen – weshalb beide Gewerkschaften sich nicht an den Protesten beteiligten, denen es letztlich an Schlagkraft mangelte.

Bislang ist es dem Präsidenten und seiner Regierungsmannschaft gelungen, die gefürchtete sogenannte Konvergenz der Widerstände unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen weitestgehend zu verhindern. In ihrer Mehrheit scheinen die Franzosen derzeit ihrer Regierung abwartend gegenüber zu stehen, auch wenn nicht alle Reformprojekte von einer Mehrheit der Franzosen unterstützt werden. In Anbetracht der Reformen und Einsparungen, die der Präsident bereits angestoßen hat und die zahlreiche Franzosen unmittelbar betreffen, hat sich das Vertrauen in den Präsidenten und den Premierminister bislang relativ stabil entwickelt und ist weniger stark abgefallen als beispielsweise bei seinem Amtsvorgänger. 42 % der Franzosen geben an, mit der Aktion des Präsidenten nach einem Jahr im Amt zufrieden zu sein. Zum Vergleich: Bei Nicolas Sarkozy und François Hollande waren es 28 % bzw. 21 %, bei Jaques Chirac hingegen 58 %.⁷

Hinzu kommt, dass sich Frankreichs wirtschaftliche Lage unter dem Einfluss der guten weltweiten Konjunktur merklich verbessert hat. An diesem Aufschwung haben auch die von Macrons Amtsvorgänger François Hollande angestoßenen Reformen ihren Anteil, und Macron profitiert nun von ihrer einsetzenden Wirkung. Im Februar war die französische Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte auf 8,9 % gefallen. Dabei handelte es sich um den stärksten Rückgang, der von einem Quartal zum nächsten in Frankreich seit 1975 verzeichnet wurde.⁸ Gleichzeitig wurde die Wachstumsprognose für das laufende Jahr nach oben korrigiert auf 2,2 % – günstige Rahmenbedingungen also, um Reformen durchzuführen.

3. Wichtige Reformprojekte

Die „Mutter aller Reformen“ ist die gleich im Sommer 2017 angegangene Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Kernelemente des Gesetzespakets, das im Herbst 2017 über den Weg der Präsidialverordnung (und damit im Eilverfahren) vom Parlament verabschiedet wurde, sind die teilweise Lockerung des Kündigungsschutzes, die Deckelung von Abfindungen bei Entlassung und eine Stärkung des sozialen Dialogs in den Unternehmen. Damit verbindet sich vor allem die Hoffnung, Arbeitgebern eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen und sie von arbeitsrechtlichen Auflagen zu befreien, die Neueinstellungen erschwerten.

Gleichzeitig wurden Unternehmen durch eine Reihe von Maßnahmen finanziell entlastet – mit dem Ziel, deren Investitionstätigkeit zu fördern. Dazu zählen die einheitliche Besteuerung von Kapital (30 %), die Umwandlung der Vermögenssteuer in eine Immobiliensteuer, die schrittweise Absenkung der Körperschaftssteuer auf 25 % und die Senkung der Sozialbeiträge für Unternehmen. Außerdem soll die Fusion der bisher gesetzlich vorgeschriebenen drei Arbeitnehmergremien in Betrieben mit mehr als zehn Mitarbeitern Kosten sparen.

Weitere Erleichterungen, insbesondere für kleinere und mittelständische Unternehmen, sind in einem weiteren Aktionsplan der Regierung vorgesehen (Plan d'action pour la croissance et la transformation des entreprises, Pacte).

Im Gegenzug zielen die seit dem Jahreswechsel in Angriff genommenen Reformen stärker auf eine bessere Absicherung der Arbeitnehmer und sollen u.a. das Versprechen des Präsidenten einlösen, dass Flexibilisierung und Schutz bei ihm Hand in Hand gehen. Im Mittelpunkt stehen hier die Arbeitslosenversicherung und das französische Aus- und Fortbildungssystem. Kurz gesagt geht es darum, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre berufliche Zukunft selbst(bewusst) zu gestalten. Parallel dazu werden die Begleitung (aber auch die Kontrolle) der Arbeitslosen intensiviert. Die drei Reformpakete zur Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Ausbildung und der Weiterbildung sind im Gesetzesentwurf „für die Freiheit, über die eigene berufliche Zukunft selbst zu entscheiden“ (Loi « pour la liberté de choisir son avenir professionnel ») enthalten.

Eckpunkte der Reform der Arbeitslosenversicherung

Auch **Arbeitnehmer, die selbst kündigen**, sollen in Zukunft Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

- Sie haben fünf Jahre ohne Unterbrechung in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt
- Sie können ein „Projekt zur beruflichen Weiterentwicklung“ vorweisen, das einer Neuorientierung gleichkommt und entsprechende Weiterbildungen erfordert
- Dieses Projekt muss von einer regionalen paritätisch besetzten Kommission vor der Kündigung als realistisch und seriös bewertet werden, wobei vor allem die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ein wichtiges Kriterium darstellen

Selbständige können sechs Monate lang eine Grundsicherung von 800 Euro beziehen, wenn sie

- Konkurs angemeldet haben
- zuvor einen jährlichen Gewinn von mindestens 10.000 Euro erwirtschaftet haben (Selbständige mit geringen Einkünften werden also nicht berücksichtigt)

Darüber hinaus werden die Zumutbarkeitskriterien (in Absprache mit dem Betroffenen) neu definiert und die Sanktionsmöglichkeiten reformiert. Wenn die Jobsuche nicht intensiv genug verläuft, bzw. mehr als ein zumutbares Angebot abgelehnt wird, kann das Arbeitslosengeld ausgesetzt bzw. gestrichen werden.

Arbeitslosenversicherung

Schon im Wahlkampf hatte Macron angekündigt, dass Leistungen der Arbeitslosenversicherung zukünftig auch von Selbständigen und im Falle einer Kündigung in Anspruch genommen werden können. Wer also Mut beweist und sich beruflich verändern möchte, soll nicht bestraft, sondern bei einem Neustart (unter bestimmten Voraussetzungen) vorübergehend vom Staat unterstützt werden (siehe Kasten). Damit hatte er allerdings Hoffnungen geweckt, die der Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Pénicaud nicht erfüllte, weil sich die praktische Umsetzung als sehr kompliziert erwies. Um ausufernde Kosten zu verhindern, wurde der Bezug von Arbeitslosengeld nach einer Kündigung oder für einen Selbständigen an sehr restriktive Bedingungen geknüpft, die den Kreis der potenziell Anspruchsberechtigten erheblich reduzierten (auf einige zehntausend Personen jährlich). Daher liegt die Vermutung nahe, dass das Gesetz nur wenig Wirkung entfaltet.

(Duale) Berufsausbildung

Außerdem hat Macron (wie im Übrigen auch der Kandidat der Républicains, François Fillon) schon im Wahlkampf offensiv die Auffassung vertreten, dass das lange Zeit verfolgte Ziel, möglichst vielen Franzosen das Abitur zu ermöglichen, zugunsten einer Stärkung der beruflichen Ausbildung korrigiert werden sollte, um junge Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren (siehe Kasten). Als Referenz dienen meist Länder

wie Deutschland und Österreich, in denen die Jugendarbeitslosigkeit verglichen mit Frankreich sehr niedrig ist (um die 6 % gegenüber 23 %). Dabei wird in der Diskussion allerdings häufig übersehen, dass die unterschiedliche demografische Entwicklung ein wichtiger Faktor ist.

Häufig wird das duale Ausbildungssystem (mit einiger Berechtigung) als Erfolgsfaktor angeführt, weil auf diese Weise bedarfsorientiert und direkt im Betrieb ausgebildet wird, was die Arbeitsmarktchancen der Auszubildenden stark erhöht. Erste Weichen für eine Stärkung der beruflichen Bildung wurden schon unter François Hollande gestellt, doch es ist bislang nicht gelungen, eine echte Trendwende herbeizuführen. Nur 7 % der 16-25-Jährigen absolvieren nach Angaben der Regierung aktuell eine Berufsausbildung. Ihre mangelnde Attraktivität ist nicht nur auf Defizite in Bezug auf die Funktionsweise des Systems, sondern auch auf die fehlende gesellschaftliche Anerkennung in der französischen Bevölkerung zurückzuführen. Die Lehre im Betrieb gilt häufig immer noch als letzte Option und genießt daher einen denkbar schlechten Ruf. Durch ein umfassendes Reformpaket soll auch dort angesetzt werden (siehe Kasten).

Berufliche Weiterbildung

Ein weiteres Element zur Stärkung der Position der Arbeitnehmer, das Macron im Wahlkampf versprochen hatte, betrifft die Reform der beruflichen Weiterbildung. Der Zugang zu Angeboten, die den Erwerb zusätzlicher Kompetenzen ermöglichen, soll radikal vereinfacht

Eckpunkte der Reform der beruflichen Ausbildung

Kernelement des Gesetzentwurfs von Ende April:

- Erhöhung der Anreize für Unternehmen, auszubilden (durch den Abbau administrativer Hürden)
- Erhöhung der Passgenauigkeit zwischen Qualifikationen der Bewerber und Bedürfnissen der Arbeitgeber durch eine bessere Abstimmung zwischen Staat, Branchen und Ausbildungszentren (den CFA, centres de formation d'apprentis)
- Anreize für junge Menschen, eine Berufsausbildung zu beginnen (u.a. durch staatliche Förderung des Führerscheinwerbs, bessere Bezahlung, Erasmus-Aufenthalte im europäischen Ausland für 15.000 Auszubildende)
- Bessere Information an Schulen über Ausbildungsberufe und -zweige (durch die Regionen)
- Mehr Infos finden sich im Pressedossier des französischen Arbeitsministeriums: http://travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/dp_apprentissagevedef2-_09022018.pdf

werden – besonders für diejenigen, die am meisten davon profitieren könnten, weil sie über vergleichsweise geringe Qualifikationen verfügen. Daher wurde das bereits unter François Hollande eingeführte persönliche Weiterbildungskonto (compte personnel de formation) neu ausgerichtet. Außerdem zielen die von Arbeitsministerin Pénicaud geplanten Maßnahmen darauf ab, das System der beruflichen Weiterbildung effizienter und leistungsfähiger zu gestalten (siehe Kasten).

Die Maßnahmen setzen gezielt bei den Defiziten des bestehenden Weiterbildungssystems an. Ob allerdings die in die Reform gesetzten Erwartungen erreicht werden, ist derzeit schwer einzuschätzen. Denn auch wenn die Angebote bedarfsorientierter gestaltet werden, die Qualität der Weiterbildung verbessert wird und digitale Anwendungen zum Einsatz kommen, um die Bekanntheit der Programme zu erhöhen, hängt ihr Erfolg letztlich von der Eigeninitiative der Menschen ab. Dabei ist der Schlüssel häufig der Bildungsgrad. Bislang nutzen vor allem gut ausgebildete Arbeitnehmer die Fortbildungsangebote.

Berufliche Weiterbildung

- Neuausrichtung des persönlichen Weiterbildungskontos (compte personnel de formation) für alle Arbeitnehmer: Statt einer bestimmten Anzahl an Stunden, die für Weiterbildungen genutzt werden können, sollen sie ein Guthaben erhalten
- Arbeitnehmer bekommen jährlich 500 Euro gutgeschrieben, die sie für Weiterbildungen nutzen können
- Für Geringqualifizierte wird der Betrag auf 800 Euro jährlich aufgestockt (ist aber auf insgesamt 8.000 Euro gedeckelt)
- Über eine Handy-App sollen sich Arbeitnehmer über Weiterbildungsmöglichkeiten in ihrer Region und die Qualität der Angebote (Wiedereingliederungsquote, Online-Bewertungen, etc.) informieren und diese auch direkt buchen und mit ihrem Guthaben bezahlen können
- Arbeitnehmer können in ihrer Region die Angebote einer eigens dafür eingerichteten Beratungsstelle (conseil en évolution professionnelle) nutzen, um ihre Kompetenzen zu analysieren und gezielt weiterzuentwickeln
- Geringqualifizierte Arbeitssuchende und Jugendliche sollen eine individuelle Betreuung bekommen und passgenaue Weiterbildungen absolvieren
- Für Arbeitgeber sollen die gesetzlichen Vorschriften zur Personalentwicklung und die Modalitäten ihres finanziellen Pflichtbeitrags zur Weiterbildung vereinfacht werden (eine Abgabe in Höhe von 0,85 % der Lohnkosten)
- Zur Erfüllung ihrer Pflichten erhalten kleine und mittlere Unternehmen finanzielle Unterstützung von Großunternehmen

Mehr Info im Pressedossier des französischen Arbeitsministeriums:

http://travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/dossier_de_presse_reforme_de_la_formation_professionnelle.pdf

⁹ Da ohnehin schon 99 % der Dreijährigen die Vorschule besuchen, betrifft dies lediglich rund 25.000 der 3-6-Jährigen. Für die Kommunen hat diese Entscheidung jedoch zur Folge, dass sie nun auch die privaten Vorschulen finanziell unterstützen müssen.

Schule und Universität

Um die Startbedingungen möglichst aller jungen Franzosen zu verbessern und damit mehr Chancengleichheit zu realisieren, setzen Macrons Reformen darüber hinaus auch beim Bildungssystem an. Frankreich hat in den vergangenen Jahren zwar eine Vielzahl von Bildungsreformen erlebt. Diese sind allerdings selten über Einzelmaßnahmen hinausgegangen und konnten nicht maßgeblich dazu beitragen, die Abbrecherquoten an Schulen und Universitäten zu verringern. Auch

das soll sich nun ändern. Im Februar hat der neue Bildungsminister Blanquer Reformen auf den Weg gebracht, mit denen die Ausbildungswege an den weiterführenden französischen Schulen eine grundlegende Neuausrichtung erfahren und auch der Zugang zu den Universitäten neu geregelt wird. Das sorgte bei Teilen der Studentenschaft für Unmut und löste Proteste an mehreren Universitäten aus.

Die wichtigsten Reformen im Bildungsbereich

Für das Schuljahr 2017/18 sind bereits folgende Veränderungen erfolgt:

- Reduzierung der Klassengrößen an Grundschulen in benachteiligten Quartieren (12 Schüler bzw. zwei Lehrer pro Klasse)
- Möglichkeit der Rückkehr zum Schulrhythmus von vier Tagen pro Woche an Grundschulen
- Schulpflicht schon ab 3 Jahren, beginnend mit der Vorschule (école maternelle)⁹
- Teilweise Rücknahme der Reform des Collège unter François Hollande in Bezug auf das Fremdsprachenangebot (Möglichkeit, zwei lebende Fremdsprachen ab dem ersten Jahr zu belegen, sog. classes bilangues, sections européennes)

Reform des Abiturs (baccalauréat) ab 2021:

- Abschaffung der drei 1995 eingeführten Züge, die zu einem naturwissenschaftlichen (S. Bac Scientifique), einem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen (E.S. – Bac Économique et Social) oder einem literaturwissenschaftlichen (L. – Bac Littéraire) Baccalauréat hinführen, zugunsten größerer Wahlfreiheit und früherer Spezialisierung in der Oberstufe (Klassen 11 und 12)
- Wahlfächer sollen den Schülern ermöglichen, sich bereits auf dem Lycée gezielt in eine Richtung zu orientieren, die sie später an einer Hochschule weiterverfolgen wollen

Neuregelung des Zugangs zu den Universitäten:

- Neues Online-Portal „Parcoursup“, auf dem alle, die im Herbst ein Studium an einer französischen Hochschule beginnen wollen, zwischen Januar und März ihre Studienwünsche angeben müssen
- Künftig können nur noch zehn Studienwünsche (statt bisher 24) angegeben werden
- Eine Priorisierung der Wünsche ist nicht mehr möglich, allerdings kann in stark nachgefragten Fächern ein Wunsch für mehrere Studienorte eingereicht werden
- Ihre Fächerwahl müssen Schüler mit ihren Lehrern im Vorhinein diskutieren
- Neue Kriterien für die Studienplatzvergabe, wobei vor allem die Zeugnisnoten und das Urteil des Klassenrats (Lehrer und Schülervertreter) am Lycée aufgrund der Vergleichbarkeit herangezogen werden dürften

Weitere geplante Maßnahmen:

- Handyverbot an Schulen ab dem Schuljahr 2018/2019
- Erhöhung der Lehrergehälter

¹⁰ Die Sozialpartner sammelten über ihre paritätischen Organismen 2014 knapp 7 Milliarden Euro (von den Arbeitgebern) ein, die in Maßnahmen beruflicher Weiterbildung flossen (vgl. Fédération de la Formation professionnelle / Roland Berger: Formation professionnelle - Faire décoller l'investissement dans les compétences. Diagnostics et propositions, Octobre 2017, S. 41, http://ffp.org/uploads/document/Etude2017_FFP_RolandBerger.pdf abgerufen am 20.04.2018).

Politik und Verwaltung

Auch der Staatsapparat und das politische System bleiben vom Reformeifer des Präsidenten nicht verschont. Schon im September 2017 wurde das Gesetz für mehr Vertrauen in das politische Leben (« Loi pour la confiance dans la vie politique ») verabschiedet, das Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und lokalen Mandatsträgern die Anstellung von engen Familienmitgliedern verbietet, amtsbegleitende Beratungstätigkeiten einschränkt, für mehr Transparenz sorgen soll und Strafen verschärft.

Im April 2018 legte die Regierung ihre Pläne für eine Staatsreform vor, die ebenfalls Teil des Wahlprogramms von Emmanuel Macron war. Zu den Kernelementen zählen:

- die Reduzierung der Zahl der Abgeordneten in beiden Parlamentskammern (von 577 auf 404 in der Nationalversammlung, von 348 auf 244 im Senat)
- die Bestimmung von 15 % der Abgeordneten der Nationalversammlung per Verhältniswahl (61 Sitze)
- die Begrenzung auf drei aufeinanderfolgende Amtsperioden für Abgeordnete, Senatoren und lokale Mandatsträger (mit Ausnahme der Bürgermeister kleiner Kommunen bis 9.000 Einwohner).

Diese Vorschläge finden derzeit jedoch noch nicht die Zustimmung des Senats, der bei einer Verfassungsänderung nicht von der Nationalversammlung überstimmt werden kann und in dem die Partei Les Républicains (LR) die Mehrheit stellt. Kritik entzündet sich sowohl an der Reduzierung der Abgeordnetensitze, weil dadurch eine angemessene Repräsentation des ländlichen Raums zur Disposition stehe, als auch an der Bestimmung von 15 % der Parlamentarier per Verhältniswahl. Denn dies würde nicht nur für eine genauere Repräsentation des Wählerwillens sorgen, sondern insbesondere den Rechtspopulisten um Marine Le Pen erlauben, eine höhere Anzahl an Abgeordneten in die Nationalversammlung zu entsenden – in erster Linie zulasten von LR, für die eine eigene Parlamentsmehrheit entsprechend schwerer zu erreichen wäre.

Während seiner Wahlkampagne hatte Emmanuel Macron ferner angekündigt, den öffentlichen Dienst auf lokaler und nationaler Ebene zu reformieren. Ziel der Reform, deren Eckpunkte Anfang

Februar vorgestellt wurden, ist es, ihn moderner und flexibler zu machen und die öffentlichen Ausgaben zu kontrollieren. Das jährliche Defizit soll bis 2022 auf 1 % der Wirtschaftsleistung reduziert werden, die öffentlichen Schulden auf 93,2 % des BIP. 120.000 Beamtenstellen sollen gestrichen werden, indem die meisten Beamten, die in den Ruhestand gehen, nicht ersetzt werden. Dort, wo wiederbesetzt werden soll, wird künftig verstärkt auf eine Verbeamtung verzichtet. Außerdem sollen sich die Gebietskörperschaften (Kommunen, Départements, Régions) dazu verpflichten, ihre Ausgaben um 10 Milliarden € zu senken, und im Gegenzug eine größere Flexibilität im Personalmanagement, weniger verbindliche Normen und eine Vergütung nach Leistung erhalten.

Rolle der Sozialpartner und Reform der SNCF

Es bleibt offen, ob die Regierungsmannschaft immer das erforderliche Fingerspitzengefühl mitbringt, um sowohl die Gewerkschaften als auch die Bevölkerung dauerhaft auf einen Reformkurs einzuschwören, der für französische Verhältnisse sehr weit reicht. In den ersten Monaten des Jahres 2018 hat sich der Ton zwischen Präsident und Regierung einerseits und den Sozialpartnern andererseits verschärft. Vor allem im Gewerkschaftslager wuchs die Unzufriedenheit mit der „Methode Macron“, der zwar auf Dialog setzt, aber entschlossen ist, als notwendig erachtete Reformen notfalls auch gegen die Interessenvertreter durchzusetzen. Bei den geplanten Anpassungen der Arbeitslosenversicherung griff die Regierung noch weitgehend die zuvor von den Sozialpartnern ausgearbeiteten Vorschläge auf. Anders verhielt es sich bei der beruflichen Weiterbildung: Die von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getroffene Vereinbarung wurde von der Ministerin als unzureichend bewertet und substantiell nachgebessert. Faktisch wird der Einfluss des Staates gestärkt – zulasten der Sozialpartner, die Teile des Systems der beruflichen Weiterbildung bisher selbst verwalteten.¹⁰ Dass Macrons teils sehr weitgehende Reformpläne früher oder später mit den Interessen der so genannten Zwischengewalten kollidieren würden, war zu erwarten. Arbeitsministerin Pénicaut rechtfertigte ihre Entscheidung folgendermaßen: „Die

¹¹ Interview mit Le Point vom 22. März 2018, S. 32. Zitat im Original: « Les sujets dont on a discuté avec eux [les partenaires sociaux] touchent au monde de l'entreprise, mais pas seulement: ils nécessitent de prendre aussi en compte l'intérêt général. Et l'intérêt général relève du gouvernement et du Parlement élu par le peuple, même s'ils n'en ont pas le monopole. Pour l'atteindre, il faut parfois bousculer les corps intermédiaires », abgerufen am 20.04.2018

¹² Guillaume Poingt, « Grève à la SNCF : pourquoi la mobilisation des cheminots s'essouffle », Le Figaro, <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2018/04/19/20002-20180419ARTFIG00212-greve-a-la-sncf-pourquoi-la-mobilisation-des-cheminots-s-essouffle.php> abgerufen am 20.04.2018.

¹³ <https://liberation.checknews.fr/question/51261/quel-est-le-taux-de-syndicalisation-a-la-sncf> abgerufen am 20.04.2018.

Bereiche, über die wir mit ihnen [den Sozialpartnern] diskutiert haben, betreffen die Unternehmenswelt, aber nicht nur: Sie machen es erforderlich, auch das Gemeinwohl zu berücksichtigen. Und das Gemeinwohl wird von der Regierung und dem vom Volk gewählten Parlament verkörpert, auch wenn sie hier nicht über ein Monopol verfügen. Um es zu erreichen, muss man manchmal den Einfluss der Zwischengewalten begrenzen.“¹¹

Klar ist: Die Einbindung der Sozialpartner in den Gesetzgebungsprozess gelangt logischerweise dort an ihre Grenzen, wo deren Privilegien offen in Frage gestellt werden. Am augenscheinlichsten trat dies bei der geplanten Reform der staatlichen

Eisenbahngesellschaft (SNCF) zu Tage. Macron hatte im Wahlkampf den Sonderregelungen, die vor allem für Beamte und Angestellte von Staatsunternehmen bis heute gelten, und Arbeitsbedingungen ebenso betreffen wie Renten, den Kampf angesagt. Als erstes wagte sich die Regierung an die Abschaffung des 1920 eingeführten besonderen Statuts für Mitarbeiter der SNCF heran. Außerdem soll der Bahnsektor für die Konkurrenz geöffnet werden. Damit brachte Ministerin Elisabeth Borne alle bei der SNCF vertretenen Gewerkschaften gegen sich auf, einschließlich der reformorientierten Kräfte. Seit April wird gestreikt, allerdings ist der Mobilisierungsgrad schon in den ersten acht Streiktagen von gut 30 % auf unter 20 % gefallen.¹²

Reform der Bahngesellschaft SNCF – warum?

Erstens leidet die SNCF in Frankreich unter einer Schuldenlast in Höhe von 54,4 Milliarden Euro, die vor allem auf den kostspieligen Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes zurückzuführen ist. Ziel der Reform ist es, die SNCF von einem öffentlichen Unternehmen in eine Aktiengesellschaft (in öffentlicher Hand) umzustrukturieren und den Status der Eisenbahner für neue Mitarbeiter abzuschaffen. Dieser Status garantiert einen lebenslangen Job, eine vorteilhafte soziale Absicherung einschließlich eines früheren Renteneintrittsalters, kostenlose Zugreisen und Rabatte für die Familie. Die Reform betrifft weder die Mitarbeiter, die mit diesem Status eingestellt wurden, noch jene, die nach der Öffnung für den Wettbewerb in ein anderes Unternehmen transferiert werden, sondern nur die zukünftigen Mitarbeiter der SNCF. Die neuen Arbeitsverträge sollen sich an den zukünftigen Tarifverträgen des Schienenverkehrs orientieren.

Zweitens fordern mehrere europäische Richtlinien, dass die Mitgliedstaaten ihren Schienenverkehr liberalisieren. Allerdings wird auch gefordert, dass die Schulden von Unternehmen reduziert werden, bevor diese sich für den Wettbewerb öffnen. Eine Lösung wäre, dass die Regierung die Schulden übernimmt, wodurch allerdings das Staatsdefizit schwer belastet und die Einhaltung der Stabilitätskriterien der EU bedroht würden. Daher haben Präsident und Regierung zwar eine teilweise Schuldenübernahme in Aussicht gestellt, aber noch keine konkreten Angaben gemacht.

Bei dieser ersten großen Kraftprobe mit der Regierung seit der Wahl Macrons zum Präsidenten stand für die Gewerkschaften viel auf dem Spiel. Der öffentliche Dienst und speziell die SNCF ist ihre letzte Bastion (der Organisationsgrad beläuft sich dort schätzungsweise auf rund 20 % und liegt damit rund viermal höher als in der Privatwirtschaft¹³). Ein Streik bei der SNCF ist auch deshalb besonders wirksam, weil er vergleichsweise schnell das gesamte Land „lahmlegen“ kann und damit eine Wirkung erzielt, die weit über den Bahnsektor hinausgeht. Dabei pokern die Gewerkschaften hoch: Gelingt es nicht, die Regierung zumin-

dest teilweise zum Einlenken zu bewegen, ist der Gewerkschaftskurs massiv in Frage gestellt. Das trifft in besonderem Maße auf die CGT zu, die innerhalb der SNCF zwar noch die stärkste Gewerkschaft ist, bei den letzten Wahlen der Arbeitnehmervertretungen aber insgesamt an Boden verloren hatte und in der Privatwirtschaft den ersten Platz an die reformorientierte CFTD abgeben musste. Nachdem schon die von der CGT initiierten Proteste gegen die Arbeitsmarktreform im vergangenen Herbst keine Früchte getragen hatte, steht CGT-Chef Philippe Martinez jetzt massiv unter Druck.

¹⁴ Zitiert nach Le Monde, http://www.lemonde.fr/politique/article/2018/04/15/ce-qu-il-faut-retenir-de-l-interview-d-emmanuel-macron-sur-bfmtv-rmc-et-mediapart_5285852_823448.html#SRIWorm8osiUjkCV.99 zuletzt abgerufen am 16.04.2018. Im Original: « Mon objectif reste de réconcilier et d'unir le pays, mais on ne l'unira pas par l'inaction, en cédant à la tyrannie de minorités qui se sont habituées à ce que l'on cède. »

¹⁵ Vgl. Solenn de Royer, « Emmanuel Macron, la technocratie au pouvoir », Le Monde vom 6.11.2017, http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/11/06/emmanuel-macron-un-pouvoir-technocratique-a-distance-du-jeu-politique_5210654_823448.html, zuletzt abgerufen am 06.04.2018.

¹⁶ Pascal Riché, « La voie libérale-étatiste », L'Obs vom 07.09.2017, S. 38-39.

Umgekehrt ist die Regierung mit ihrer unnachgiebigen Haltung ebenfalls ein hohes Risiko eingegangen. Sie setzte auf die öffentliche Meinung, die laut Umfragen zu zwei Dritteln die Reform unterstützt. Doch wochenlange erhebliche Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs können durchaus dazu führen, dass sich diese Meinung dreht. Als Reminiszenz dient das Jahr 1995, als Premierminister Alain Juppé infolge wochenlanger Streiks im öffentlichen Dienst seine geplante

Rentenreform für Mitarbeiter staatlicher Unternehmen zurückzog, obwohl er sich anfänglich entschlossen gezeigt hatte, dem Druck der Straße nicht nachzugeben. Emmanuel Macron gab sich in einem mehrstündigen Fernseh-Interview am 15. April ebenfalls kämpferisch: „Mein Ziel bleibt es, zu versöhnen und zu vereinen, aber das funktioniert nicht, indem man untätig bleibt, indem man der Tyrannei von Minderheiten nachgibt, die sich daran gewöhnt haben, dass man nachgibt.“¹⁴

4. Macrons Regierungsstil

« Je n'aime pas la politique, j'aime faire ». Dieses Macron-Zitat findet sich in Philippe Bessons 2017 erschienenem Buch « Un personnage de roman », das den rasanten Aufstieg Emanuel Macrons beschreibt. Wer dem Präsidenten nicht gewogen ist, kann aus dieser Aussage ableiten, dass er die Auflösung der Politik zugunsten einer Technokratie der Macht betreibt. Im Fokus stehen hier die Experten der staatlichen Verwaltung, denen unter Macron die Aufgabe zukommt, schnelle und effiziente Lösungen für die strukturellen Probleme in Frankreich zu entwickeln, ohne dass diese im parlamentarischen Prozess ausreichend diskutiert würden. Fest steht, dass Emmanuel Macron bei seinen Reformen dem französischen Staatsapparat eine Schlüsselrolle als Impulsgeber und Effizienztreiber zuweist, um das Land aus seiner Agonie zu befreien. Gleichzeitig soll die politische Willensbildung im Parlament beschleunigt werden, um eine schnelle Umsetzung der als dringlich erkannten Maßnahmen zu ermöglichen. Diese Vorgehensweise weckt Erinnerungen an die 1960er Jahre, weshalb des Öfteren von einem neuen de Gaulle-Moment die Rede ist.¹⁵ Wie bereits eingangs erwähnt, lassen sich in der Tat Parallelen zwischen Charles de Gaulle und Emmanuel Macron erkennen, die zugleich ein Schlaglicht auf das französische Staatsverständnis werfen.

Da ist zum einen die Überzeugung, dass dem Staat eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des Landes zukommt. Auch wenn Emmanuel Macron vor allem von seinen Kritikern im linken Lager häufig das Etikett „(Neo-)Liberaler“

angeheftet wird, um seine Reformen als zu unternehmerfreundlich zu brandmarken, scheint die „Staatsgläubigkeit“ des Präsidenten schwer vereinbar mit deutschen ordoliberalen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik. Macron hingegen gilt manchen als liberaler Etablierter, wofür sich mit Blick auf die bislang durchgeführten Reformen durchaus Argumente finden lassen.¹⁶ Bei der Arbeitslosenversicherung gibt der Staat zukünftig einen Korridor für die von den Sozialpartnern auszuhandelnde Höhe der Lohnersatzleistungen vor und kann Ziele für bestimmte Bereiche der Arbeitsbeziehungen vorgeben, in denen er Veränderungen erwartet. Sollten die Sozialpartner diesen Vorgaben bei ihren Verhandlungen nicht entsprechen, behält sich die Regierung das Recht vor, selbst die Regeln der Arbeitslosenversicherung zu definieren. Zieht man ferner die bereits beschriebene teilweise Entmachtung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände im Bereich der beruflichen Weiterbildung in Betracht, so bleibt festzuhalten, dass die Reformen einen beträchtlichen Eingriff in die paritätische Selbstverwaltung darstellen.

Eine zweite Parallele zwischen de Gaulle und Macron lässt sich in der Haltung gegenüber den Parteien und der Parlamentsarbeit erkennen. Das Bestreben Macrons und seiner engsten Berater, die Regierungsarbeit effizienter zu gestalten und die als notwendig erachteten Reformen möglichst zügig zu verabschieden, hat schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt einige Verfassungsrechtler auf den Plan gerufen, die sich besorgt über dessen geringe Wertschätzung für

¹⁷ Stellungnahme von einem Kollektiv hoher Beamter, die am 21. Februar 2018 bei Le Monde erschienen ist: « Macronisme: ‚La haute administration, le véritable parti présidentiel‘ » http://www.lemonde.fr/idees/article/2018/02/21/politique-de-macron-la-haute-administration-le-veritable-parti-presidentiel_5260062_3232.html zuletzt aufgerufen am 06.04.2018.

die Arbeit des Parlaments zeigten. Die bereits im Wahlkampf angekündigte Entscheidung, den Arbeitsmarkt per Verordnung zu reformieren, war dabei nur ein Beispiel, stand aber stellvertretend für die des Öfteren geäußerte Kritik am Demokratieverständnis des Präsidenten.

Kritiker wandten ein, die Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses durch verkürzte Debatten beraube die Nationalversammlung als Repräsentationsorgan der französischen Bevölkerung ihrer Kernaufgabe: dem Austausch von Argumenten für und wider ein politisches Projekt. Diese Debatten fänden stattdessen nur noch auf Ebene der hohen Beamten statt, wohingegen die Regierungspartei selbst eine geringe Rolle spiele – und dies sowohl bei Entscheidungen über das politische Personal wie auch der Ausarbeitung von Regierungsvorschlägen. Demokratie werde entsprechend durch Technokratie ersetzt und die Politik entpolitisiert. Von einigen hohen Beamten wurde in diesem Zusammenhang auch die durch Macron angestoßene Reduzierung der Mitarbeiterstäbe der Minister, die *cabinets ministériels* angeführt, die traditionell das Bindeglied zwischen Politik und Ministerialverwaltung bildeten.¹⁷

Interessant wird daher sein, zu beobachten, wie sich im Verlauf der Legislaturperiode die Abgeordneten von La République en Marche (LREM) gegenüber Regierung und Präsident positionieren. Parteien sind in der V. Republik traditionell eher schwach. Ihre Funktion bestand häufig vor allem darin, der Regierungspolitik im Parlament Mehrheiten zu beschaffen. Die gaullistischen

Abgeordneten wurden in den 1960er Jahren sogar als Marschstiefel (*godilots*) verhöhnt, um sich darüber lustig zu machen, dass sie bedingungslos hinter ihrem Präsidenten hermarschierten. Hier lassen sich durchaus Parallelen zu LREM erkennen, denn viele haben sich der neuen Bewegung angeschlossen, um die Person Emmanuel Macron zu unterstützen (der ursprüngliche Name *En Marche* ergab abgekürzt nicht zufällig dessen Initialen). Darüber hinaus konnte die *équipe* des Präsidenten seine Kandidaten für die Parlamentswahlen aus über 19.000 Bewerbern auswählen und diese auf ihre Überzeugungen hin prüfen.

Nach dem klaren Wahlsieg bei den Parlamentswahlen stellt sich die Frage, ob sich die Abgeordneten von LREM dauerhaft auf die ihnen zugedachte Rolle als Mehrheitsbeschaffer und Verkäufer der Regierungspolitik reduzieren lassen. Schon jetzt zeigt sich, beispielsweise im Kontext des kontrovers diskutierten Asyl- und Einwanderungsgesetzes, dass einzelne Abgeordnetengruppen durchaus die Linie der Regierung in Frage stellen. Das muss kein Nachteil sein – schließlich kann sich das Fehlen von Mitspracherechten negativ auf die Mobilisierung der Mitglieder über das Wahljahr 2017 hinaus auswirken. Ob es der Bewegung des Präsidenten tatsächlich gelingt, das etablierte Parteiensystem dauerhaft zu verändern, wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen. Erste Tests diesbezüglich sind die Europawahlen 2019 und besonders die französischen Kommunalwahlen 2020.

5. Macrons Europapolitik

Am 10. Dezember 2016 beschloss Emmanuel Macron seinen ersten großen Wahlkampfauftritt an der Porte de Versailles vor einem Publikum in Ekstase mit dem Ausruf „*Nous aimons l'Europe, nous voulons l'Europe!*“. Es war das erste Mal in der Geschichte der V. Republik dass ein (aussichtsreicher) Präsidentschaftskandidat sich so explizit und emotional zu Europa bekannte und dafür mit stehenden Ovationen und einem Meer an Europafahnen gefeiert wurde.

Als „Vertreter der Erasmus-Generation“ ist Macron ein überzeugter Herzenseuropäer und sein diesbezügliches Engagement wirkte auf viele im Wahlkampf authentisch. Gleichzeitig nimmt Macron einen „realistischen“ Blick auf die Welt für sich in Anspruch. Bereits seine ersten Schritte auf der internationalen Bühne haben gezeigt, dass er durchaus in Kategorien politischer (wie auch militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher) Macht denkt und handelt. Dabei

¹⁸ http://www.liberation.fr/planete/2017/10/24/travailleurs-detaches-ce-que-la-france-a-obte-nu_1605297 und http://www.liberation.fr/france/2017/10/24/travailleurs-detaches-la-victoire-europeenne-de-macron_1605391 (Libération vom 24.10.2017, abgerufen 24.04.2018) gibt einen detaillierten Überblick über die Kräfteverhältnisse und die erreichten Veränderungen.

¹⁹ Die deutsche Übersetzung der Sorbonne-Rede findet sich hier: https://de.ambafrance.org/IMG/pdf/macron_sorbonne_europe_integral.pdf?23641/4be243b705d8068173926eeb032184acc4a1f073 zuletzt aufgerufen am 24.04.2018.

schließt sich bei ihm beides gerade nicht aus. Im Gegenteil dient die EU in Macrons Weltsicht dazu, dort politische Handlungsfähigkeit zu erlangen, wo diese dem einzelnen europäischen Nationalstaat heute fehlt. Erst die EU erlaube die wirksame Verteidigung eigener Interessen, eines gewissen Freiheitsideals und der damit verbundenen demokratischen Ordnung. Diese Haltung sollten auch die Miteuropäer schnell zu spüren bekommen.

Zunächst benutzte Macron das Euro-pathema jedoch zur Mobilisierung im Wahlkampf, und es war letztendlich dieses Thema, das ihm die Wahl zum Präsidenten ermöglichte. Für Macron ist die „Europafrage“, das Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft, ausgerichtet auf internationale Kooperation und europäische Integration, im Gegensatz zu den Vertretern einer national „geschlossenen“, reaktionär und rückwärtsgewandten Gesellschaft, der neue zentrale Konflikt des politischen Systems. Anstelle der Links-Rechts-Achse, die seit der französischen Revolution die politische Landschaft und ihre Auseinandersetzungen strukturiert, verläuft für ihn die Spaltung zwischen progressiven Pro-Europäern und reaktionären Nationalisten.

Mit dieser Haltung hat er auch über Frankreich hinaus viel Sympathie und Zustimmung erlangt, sodass er für viele Pro-Europäer zu einem Hoffnungsträger gegen die in fast allen EU-Mitgliedsländern grassierenden rechtspopulistischen Strömungen wurde. Gleichzeitig gelang es ihm auch – gerade in Südeuropa –, das Ideal eines „anderen Europa“ zu verkörpern, einer Alternative zum angeblich „deutschen Europa“ von Austerität und Sparprogrammen. Dies ist umso erstaunlicher, als Macron (als Berater und Minister François Hollandes) ja selbst an allen Beschlüssen der Euro-Staaten und der Eurogruppe der letzten Jahre eng beteiligt war. Er hat in dieser Zeit aber auch erkannt, dass es historisch kein Beispiel für eine Währungsunion gibt, die auf Dauer ohne einen Ausgleichs- oder Transfermechanismus zur Abmilderung ökonomischer Anpassungskosten zwischen ihren Mitgliedern Bestand gehabt hätte. Entsprechend setzt er sich heute für einen entsprechenden Mechanismus ein, der natürlich auch im Sinne der Geberländer, wie Frankreich oder Deutschland, wäre, weil er mittel- und

langfristig für Stabilität sorgen und so wirtschaftliche Wachstumschancen und Wohlstandsschaffung sichern würde. Nachdem Macrons erste Auslandsreise als neuer Präsident ihn zu Angela Merkel geführt hatte, zeigten sich sehr schnell seine europapolitischen Prioritäten und eine Vorgehensweise, die als „Methode Macron“ in der Europapolitik bezeichnet werden kann. Bei der von ihm im Wahlkampf versprochenen Reform der europäischen „Entsenderichtlinie“ (die es Arbeitnehmern, die in einem Mitgliedstaat angestellt sind, erlaubt, in einem anderen Mitgliedstaat für ihren Arbeitgeber tätig zu werden) wurde schnell deutlich, mit welcher Dynamik und welchem Mitteleinsatz der neue Präsident in Europa unterwegs ist, sodass er in kurzer Zeit jene (erneute) Überarbeitung des Richtlinienentwurfs erreichte, die von vielen Beobachtern als unmöglich angesehen worden war¹⁸.

Macrons Leitbild

Gleichzeitig legte er in einer Reihe symbolisch aufgeladener Grundsatzreden zur Europäischen Union einen umfassenden Reformplan vor. Am 7. September 2017 hielt er am Fuße der Akropolis in Athen die Rede „Europa neu begründen“, am 26. September 2017, kurz nach der Bundestagswahl, in der Sorbonne die Rede „Ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa“. In beiden Reden wurde deutlich, dass das geeinte Europa für Macron zugleich ein gemeinsam zu gestaltender politischer Raum und ein Instrument seiner Politik ist.

„Haben die europäischen Länder angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit – in Sachen Verteidigung und Sicherheit, Migration, Entwicklung, Klimawandel, digitale Revolution, Regulierung einer globalisierten Wirtschaft – die Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen und Werte sowie zur Wahrung und Anpassung ihrer weltweit einzigartigen Sozial- und Demokratie-modelle gefunden? Kann sich jeder allein diesen Herausforderungen stellen? [...] Der einzige Weg, unsere Zukunft zu sichern, ist die Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas.“ 26.09.2017 ¹⁹

²⁰ „Ich möchte nicht zu einer Generation von Schlafwandlern gehören. Ich möchte nicht Teil einer Generation sein, die ihre eigene Vergangenheit vergessen haben wird oder die sich weigert, die Verwerfungen ihrer eigenen Gegenwart zu erkennen.“

Genau in diesem Sinne lassen sich auch Macrons Verständnis und seine Verwendung der deutsch-französischen Beziehung und ihrer Symbolik erklären. Macron und seine Regierung setzen in vollem Umfang auf die deutsch-französische Kooperation zur Reform der EU, und sie verkünden dies auch öffentlich. Macron ist dabei von hervorragenden Deutschlandkennern und Spezialisten der deutsch-französischen Beziehungen umgeben. Indem er sich öffentlich und symbolisch zur engen Partnerschaft bekennt, versucht er, die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen, denn die öffentliche Ankündigung weitreichender Vorleistungen (wie der Verzicht auf den französischen EU-Kommissar, die Übertragung der französischen Einnahmen aus einer Steuer auf Finanztransaktionen auf die EU-Entwicklungspolitik, die Umsetzung wichtiger Strukturreformen in Haushalt und Arbeitsmarkt, die Einhaltung des Stabilitätspaktes...) erfordert eine Reaktion des Partners, da ansonsten sein Bekenntnis zum gemeinsamen Grundkonsens eines geeinten Europas in Frage stünde.

In der Sorbonne-Rede spricht sich Macron für eine Neubegründung der EU um einen enger integrierten Kern (aus Eurostaaten) herum aus. Europäische „Souveränität“ bedeutet für ihn, dort gemeinsame politische Handlungsfähigkeit zu erlangen, wo diese national nicht mehr gegeben ist. Über diese Politikfelder (siehe Kasten) gemeinschaftlich zu entscheiden, ist für Macron letztlich aber nur legitim in einem „geeinten Europa“. Dieses muss sowohl über einen konkreten Solidaritätsmechanismus verfügen (Annäherung von Steuer- und Sozialsystemen, Eurohaushalt) als auch über ein Zugehörigkeitsgefühl seiner Bürger. Diese europäische Identität könnte sich für Macron durch konkrete Lebenserfahrungen in einem anderen Mitgliedsland sowie die Kenntnis von Kultur und europäischen Sprachen entwickeln. Beides will er über verbindliche Vorgaben allen jungen Europäern zugänglich machen. Schließlich benötigt ein so geeintes Europa zur Erlangung seiner politischen Ziele ein institutionelles Fundament, in dem sich demokratische Entscheidungsverfahren und effiziente Problemlösung ergänzen. Er setzt dabei auf das Europaparlament und seine Idee „transnationaler Listen“. Gleichzeitig will er eine stärkere Partizi-

pation der Bürger ermöglichen und hat hierfür sogenannte „Bürgerkonferenzen“ angestoßen, bei deren Auftakt in Frankreich er am 17. April persönlich anwesend war. Die Ergebnisse dieser Befragungen sollen zusammengeführt und in den politischen Prozess auf nationaler und europäischer Ebene eingespeist werden.

Aus seiner Sorbonne-Rede lässt sich Macrons Vorstellung eines zukünftigen Europas ableiten. Für ihn soll Europa im Jahr 2024 weiterhin die EU als gemeinsamen institutionellen Rahmen haben, der die Mitgliedsländer verbindet. Im Inneren der EU soll jedoch eine stärkere Differenzierung je nach Zielsetzung der verschiedenen Politiken möglich sein. Ein stärker integrierter Kern würde sich um das deutsch-französische Paar und die Staaten der Eurozone herum entwickeln. Dieser Kern würde durch ein in seinen Kompetenzen aufgewertetes Parlament repräsentiert, welches auch über entsprechende Haushaltsmittel entscheiden könnte, um seine Aufgaben umzusetzen. Der deutsch-französische „Impulsgeber“ wäre dabei grundsätzlich in allen Bereichen offen für die Mitarbeit weiterer integrationswilliger Staaten.

Die Notwendigkeit einer Neugründung Europas bekräftigte Macron abermals bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im April 2018. Mit Verve wandte er sich gegen den grassierenden Populismus („Die Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie“) und warnte vor den Gefahren, die aus Untätigkeit erwachsen können. Dabei schreckte er auch nicht vor einem historischen Vergleich mit der Situation vor dem ersten Weltkrieg zurück: « Je ne veux pas faire partie d'une génération de somnambules. Je ne veux pas appartenir à une génération qui aura oublié son propre passé ou qui refusera de voir les tourments de son propre présent ».²⁰

Die Europarede an der Sorbonne

Ein souveränes Europa

1. Ein Europa der **Sicherheit** in all ihren Dimensionen
2. Ein Europa, das auf die Herausforderung der **Migration** reagiert
3. **Außenpolitik**: Ein Europa, das Afrika und den Mittelmeerraum in den Blick nimmt
4. Europa als Vorbild für **nachhaltige Entwicklung**
5. Ein Europa der Innovation und der **Regulierung der digitalen Welt**
6. Europa als **Wirtschafts- und Währungsmacht**

Ein geeintes Europa

1. Konkrete Solidarität durch **soziale und steuerliche Konvergenz**
2. Kultur und Wissen als Bindeglieder: Schaffung eines **Zugehörigkeitsgefühls**
3. **Austausch** intensivieren: jeder junge Europäer soll mind. sechs Monate in einem anderen europäischen Land verbringen
4. **Sprachen**: jeder Studierende soll bis 2024 zwei europäische Fremdsprachen beherrschen

Ein demokratisches Europa

1. Die Notwendigkeit von Debatten: demokratische **Konvente**
2. Die Stärkung des EU-Parlaments: **europaweite Listen**

Zusammenstellung von
Stefan Seidendorf.

Strategien zur Umsetzung

Macrons Vision des Europas von morgen ist natürlich im Moment noch vage. Die konkrete Ausgestaltung hängt stark von der Reaktion der anderen Mitgliedstaaten und in erster Linie Deutschlands ab. Da Macron voll auf die deutsch-französische Achse setzt, wird sich hier entscheiden, ob der politische Wille für einen gemeinsamen Neustart vorhanden ist: Zeigt der deutsche Partner die Bereitschaft, Frankreich und Macron genug Vertrauen entgegen zu bringen, um in seiner Europastrategie das aufrichtige Bemühen um eine glaubwürdige Weiterentwicklung der EU zu sehen? Oder bleibt das Misstrauen auf deutscher Seite bestehen, das in Macrons europäischer Neugründung in erster Linie die Strategie eines Franzosen sieht, der es darauf anlegt, Zugriff auf den deutschen Wohlstand zu erlangen? Das Treffen zwischen Merkel und Macron am 19. April in Berlin und die Diskussionen und öffentlichen Stellungnahmen deutscher Politiker im Vorfeld zeigen die

in Deutschland herrschende Skepsis, sich auf den von Macron vorgeschlagenen Reformprozess einzulassen. Von den Diskussionen in den nächsten Wochen wird es deshalb abhängen, ob es dem französischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin gelingen wird, anlässlich des deutsch-französischen Ministerrats am 19. Juni gemeinsame Vorschläge zu präsentieren, die anschließend zu einem Impuls für den Europäischen Rat Ende des Monats werden.

Wie im nationalen Wahlkampf setzt Macron zur Umsetzung seines europäischen Programms auch auf eine Mobilisierung der Bürger. Im europäischen Rahmen hat er dazu die consultations citoyennes vorgeschlagen, Bürgerkonferenzen, die einem bestimmten Muster folgen. Die ersten Veranstaltungen, die den Titel für sich reklamieren, und die an vielen Orten der EU und in vielen Formaten förmlich aus dem Boden sprießen, bestätigen offenbar das Mobilisierungspotenzial der Idee, über Frankreich hinaus. Aus heutiger

Sicht lässt sich allerdings noch nicht sagen, ob es Macron – wie im französischen Wahlkampf – gelingen wird, diese Mobilisierung in einen strukturierten politischen Prozess zu überführen und zum Teil einer wirkmächtigen Bewegung werden zu lassen. Der Prozess scheint derzeit nur sehr oberflächlich zwischen den Mitgliedstaaten koordiniert. Für die Bürger stellt sich die Frage nach Repräsentativität und Sichtbarkeit ihres Engagements und es gilt abzuwarten, ob die kumulierten Ergebnisse der Befragungen Eingang in die Beratungen der Staats- und Regierungschefs finden werden. Ohne die Existenz zumindest dieser „Konsequenz“ aus der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger wird es schnell zu Frustration und Ablehnung des Prozedere kommen.

Macron steht also erst am Anfang eines langen Kampfes um die Reform und Neubegründung der Europäischen Union. Er bedient sich hier ganz offensichtlich ähnlicher Instrumente wie auf seinem Weg in den Elysée-Palast. Über eine emotionale Ansprache und die Möglichkeit der Partizipation setzt er auf die Mobilisierung der schweigenden Mehrheit, die an „normalen“ und „vernünftigen“ Verhältnissen interessiert ist. „Partizipation“ beschränkt sich dabei jedoch in den meisten Fällen darauf, Vorschläge und Ideen zu einem Prozess beizusteuern, der letztendlich nur von wenigen machtvollen Entscheidern gesteuert wird. Auf dieser Ebene findet dann die eigentliche Auseinandersetzung in machtpolitischen Kategorien statt. Im Moment lässt sich nicht erkennen, dass Macron im Vorfeld der Europawahl nach einer Allianz mit einer der etablierten Parteien suchen würde. Vielmehr sieht es derzeit so aus, als ob der Präsident es auch hier wagen würde, mit einer (europaweit organisierten) Bewegung „L'Europe en marche“ die etablierten Parteienfamilien herauszufordern. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob Macrons Wette aufgeht und seine Bewegung sich europaweit erfolgreich etablieren kann. Dabei besteht auch die Gefahr, dass durch diese Strategie erst recht ein Konflikt mit der deutschen Bundeskanzlerin und ihrer Partei befördert wird, der sich dann negativ und lähmend auf die Regierungskooperation auswirken könnte. Im letzteren Fall könnte eine konfrontative Politisierung schnell dazu führen,

dass der gerade erst zögerlich und stotternd Fahrt aufnehmende „deutsch-französische Motor“ schon wieder zum Stillstand kommt.

Ausblick

Ein Fünftel seiner Amtszeit hat der französische Präsident nun hinter sich. In diesem Zeitraum hat er zahlreiche seiner im Wahlkampf angekündigten Reformprojekte angestoßen und teilweise auch schon umgesetzt. Dass der neue Präsident beim Wort zu nehmen und im eigenen Land durchsetzungsfähig ist, hat er in den vergangenen Monaten bewiesen. Die große Herausforderung für ihn bleibt, die Franzosen hinter seinem Projekt stärker zu einen und die Spaltungstendenzen, die den vergangenen Wahlkampf prägten, zu überwinden. Zentral dafür wird sein, dass alle Bevölkerungsgruppen das Gefühl haben, vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren zu können. Einige der Reformen setzen genau dort an, insbesondere was den Bereich der Aus- und Weiterbildung betrifft.

Mit der Wahl Emmanuel Macrons hat sich auf europäischer Ebene ein besonderes Zeitfenster eröffnet, zeigte der Präsident doch, dass man mit einem dezidiert pro-europäischen Wahlkampf erfolgreich sein kann. Macron möchte dieses Momentum nun nutzen, um die europäischen Institutionen dahingehend zu reformieren, dass sie größere Unterstützung in der Bevölkerung finden, um den Populisten, die pauschal weniger Europa fordern, etwas entgegenzusetzen zu können. Hierfür ist Macron auf Unterstützung angewiesen, insbesondere aus Deutschland. Auch wenn man aus unterschiedlichen Gründen die von ihm vorgeschlagenen Prioritäten nicht für gutheißen mag, so gebietet schon allein der politische Anstand, diese doch wenigstens als legitim anzuerkennen und ihnen legitime alternative Vorschläge entgegenzuhalten, die eine konstruktive Kompromissfindung möglich machen.

Aktuelle Publikationen des dfi

Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2017. Sprache und Politik im Wahlkampf. Red.: Stefan Seidendorf, - VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2018, - 212 Seiten.

Eileen Keller: Städtepartnerschaften: Den europäischen Bürgersinn stärken. Eine empirische Studie, Bertelsmann Stiftung, - Gütersloh, 2018, - 60 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut und Stadt Ludwigsburg (Hrsg.): „Zu unserem Glück vereint“: Ludwigsburger Reden zu Europa. Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co, - Ludwigsburg, 2017, - 288 Seiten.

Henrik Uterwedde: Frankreich – eine Länderkunde. - Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2017, - 196 Seiten.

dfi compact Nr. 15: L'Azubi-Bacpro: retour sur une expérience de coopération transfrontalière dans le domaine de formation. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2017, - 132 Seiten.

dfi compact Nr. 14: Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach der französischen Regionalreform - Aktuelle Situation und mögliche Entwicklungsszenarien. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2016, - 93 Seiten.

Wüstenrot-Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland und Frankreich, 2015, - 255 Seiten.

Frank Baasner, Stefan Seidendorf (Hrsg.): Jeder für sich oder alle gemeinsam in Europa?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2013, - 224 Seiten.

Stefan Seidendorf (Hrsg.): Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Eileen Keller

Layout: Waltraut Kruse

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0
Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten: <http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 31
Dominik Grillmayer: Vorwahlkampf in Frankreich, November 2016, 17 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 30
Stefan Seidendorf: Die deutsch-französische Beziehung bewahren, Europa stärken, September 2015, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 29
Anika Stühler: Beamtenaustausch und gemeinsame Weiterbildung als Fundamente deutsch-französischer Kooperation, Januar 2015, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 28
Dominik Grillmayer: Stärkung des sozialen Dialogs in Frankreich?, Juni 2014, 15 Seiten